

Michael Vassiliadis
Vorsitzender der IG BCE

Rede

**anlässlich der Konferenz „Grünes Wachstum und Nachhaltigkeit – Chancen für
Arbeit und Wirtschaft“
am 03. Februar 2016 in Düsseldorf**

Thema: Nachhaltiges Wachstum als gewerkschaftliches Konzept.
Perspektive einer Industriegewerkschaft.

- Es gilt das gesprochene Wort -

Zunächst möchte ich mich recht herzlich für die Einladung zu der heutigen Konferenz bedanken und nehme sehr gerne die Gelegenheit wahr, die Position des Konzeptes zum nachhaltigen Wachstum aus Sicht der IG BCE darzustellen.

Wir alle gemeinsam wissen, dass Klimaforscher davon ausgehen, dass die vom Menschen verursachte Erwärmung der Atmosphäre nicht mehr zu verhindern ist.

Und es nunmehr darauf ankommt, durch eine Begrenzung des Ausstoßes von klimaschädlichen Gasen diesen Anstieg auf höchstens 2° C zu begrenzen.

Nach Ansicht der Forscher könnten die negativen Folgen für die Menschen damit noch beherrschbar bleiben.

Nach Einschätzung des Weltklimarates muss dazu der weltweite CO₂-Ausstoß bis zum Jahre 2050 von über 35 Milliarden Tonnen auf 4 Milliarden Tonnen pro Jahr begrenzt werden.

Im Ergebnis bedeutet das eine globale Wirtschaftsweise mit einem radikal sinkenden Kohlenstoffanteil.

- Die Ziele zur Entwicklung des weltweiten CO₂-Ausstosses sind regional sehr unterschiedlich.

Mit Sicht auf 2030 ist global (gegenüber 1990) ein Zuwachs der Emissionen um über 50% (von 35 Gt auf 55 Gt) als Ziel gesetzt (Basis: „Independent Nationally Determined Contributions“ (COP21)).

Rechnet man hier die EU28-Staaten heraus, würde sich der Zuwachs sogar auf über 75% erhöhen, da die EU28-Staaten sich gemäß Gipfelbeschluss des EU Rates auf eine Reduktion um 40% verständigt hatten.

- Die Ziele der deutschen Bundesregierung sind sogar gegenüber den EU28-Zielen noch ehrgeiziger:

Bis 2050 ist eine Reduktion um 80-95% gegenüber 1990 vorgesehen.

Hierbei sollte berücksichtigt werden, dass diese Kraftanstrengung nicht alleine von der Energiewirtschaft, die ca. ein Drittel der Emissionen verursacht, getragen werden kann.

Alle Sektoren (insbesondere Industrie und Verkehr) müssen ihren Beitrag leisten.

- Vor diesem Hintergrund ist eine internationale Synchronisierung der CO₂-Ziele vorrangig – eine weitere nationale Verschärfung (Ambition „Post-Paris“) würde in Deutschland grundlegende Veränderungen des energiewirtschaftlichen Systems erfordern

Heute leben rund 6,9 Milliarden Menschen auf dieser Welt.

Die UNO erwartet bei mittlerer Projektion bis 2050 9,2 Milliarden Menschen.

Dieses Bevölkerungswachstum findet im Wesentlichen in Staaten außerhalb der G7-Gruppe statt.

Dort altert die Bevölkerung und nimmt absolut ab.

2050 werden in den Industrieländern nur noch 15% der Menschheit leben sowie 85% in den heutigen Entwicklungs- und Schwellenländern.

Und alle diese Menschen streben berechtigt für sich und ihre Kinder ein vergleichbares Wohlstandsniveau an, wie es in den Industrieländern - allerdings ungerecht verteilt - heute selbstverständlich ist.

Mit der wachsenden Weltbevölkerung und ihrer wirtschaftlichen Entwicklung steigt natürlich auch der Bedarf nach Lösungen, um die Ernährung, die Gesundheit, um ein gutes gelingendes Leben aller Menschen zu ermöglichen.

Gleichzeit schreitet die soziale Erosion in Deutschland wie in vielen G7-Staaten voran.

Die Verteilung von Einkommen, Vermögen und Lebenschancen konzentriert sich bei immer weniger Menschen.

2/3 des gesamten Vermögens ballt sich bei den reichsten 10% der Gesellschaft.

1/3 der Gesellschaft ist arm an Vermögen wie an Einkommen.

Während bei den tarifgebundenen regulär Beschäftigten in der Industrie noch Lohnsteigerungen durchgesetzt werden konnten, leiden vor allem die Dienstleistungsbereiche unter der starken Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen.

Damit kommt das wirtschaftliche Wachstum der Volkswirtschaft bei vielen Menschen nicht mehr an.

Deshalb besteht die große Herausforderung darin, den Wechsel von einem kohlenstoff- und ressourcenintensiven Pfad hin zu einem Klima- und sozialverträglichen Wirtschaftswachstum voran zu bringen.

Dies ist nach unserer Ansicht nicht nur ökologisch sondern auch ökonomisch geboten.

Wir sind davon überzeugt, dass unser industrielles Netz in Deutschland die Innovationskraft besitzt, nicht nur Wachstums- und Ressourcenverbrauch im Inland zu entkoppeln, sondern auch weltweit mit vielen seiner Erzeugnisse und Verfahren wesentliche Beiträge gegen den Klimawandel zum Schutz der Umwelt zu leisten.

Nachhaltiges Wachstum ist unter den gegebenen Bedingungen die Voraussetzung für eine erfolgreiche Politik für gute Arbeit und eine gerechte Gesellschaft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,
dieses Konzept basiert auf den gleichrangigen und miteinander verbundenen Dimensionen Ökologie, Ökonomie und Soziales.

Während viele von einem Primat der Ökologie ausgehen, sind wir der Auffassung und tief davon überzeugt, dass wir vor allem ohne gleichrangige soziale Dimension keine gesamtgesellschaftliche Nachhaltigkeit erreichen werden.

Natürlich ist dies nicht konfliktfrei und in der wechselseitigen Abhängigkeit der drei Dimensionen entsteht automatisch ein Spannungsverhältnis, so dass man von einem magischen Dreieck der Nachhaltigkeit sprechen kann.

Das ist der Diskurs, den wir gerne annehmen.

Eben weil wir von der Nachhaltigkeit dieses Konzeptes zum qualitativen Wachstum überzeugt sind.

Wir wissen, dass unser Konzept nicht nur auf Gegenliebe stößt.

Es gibt eine Reihe von Wissenschaftlern, Politikern und Publizisten die als Lösung und Antwort auf die Herausforderung die ich eingangs beschrieben habe, eine Postwachstumsdebatte führen.

Die zentrale Argumentation der Wachstumskritiker ist oft, dass in einer endlichen Welt mit begrenzten Ressourcen ein unendliches exponentielles Wachstum nicht möglich sei.

Darüber hinaus wird darauf verwiesen, dass in den heutigen Industriegesellschaften ein so hohes Wohlstandsniveau existiere, dass die Bedürfnisse gesättigt sind, zusätzlicher Konsum unsinnig und deshalb auch kein Wachstum notwendig sei.

Aus Sicht der Wachstumskritiker stehen wir vor einer notwendigen Transformation zu einer Postwachstumsgesellschaft, in der die materielle Produktion schrumpft und die Wirtschaft ohne Wachstum auskommt.

Wir sprechen der Wachstumskritik in Teilen ihre Berechtigung nicht ab. Sie kann aber vor allem eines nicht einlösen.

Sie kann ein hohes Lebensniveau, eine gute Versorgung mit entsprechenden Gütern und Dienstleistungen für die Mehrheit der Bevölkerung nicht sichern.

Eine stagnierende oder schrumpfende Ökonomie würde zum Verlust guter Arbeit führen und die Innovationskraft der Wirtschaft insgesamt schwächen.

Natürlich geht es nicht um eine ökologisch blinde Wachstumspolitik.

Die marktradikale Denkweise der vergangenen Jahre hat ihre Versprechen keineswegs eingehalten.

Sie hat weder zu höheren Einkommen bei einer Vielzahl von Beschäftigten, noch zu mehr und besseren Arbeitsplätzen geführt, noch zur gesellschaftlichen Wohlstandsmehrung beigetragen.

Und sie hat es nicht geschafft, den Verbrauch natürlicher Ressourcen und seine Folgewirkungen einzupreisen.

Im Gegenteil – die vor einigen Jahren vor allem von den Finanzmarktakteuren forcierte Wachstumspolitik hat zu einer ständig wachsenden Verteilungsungerechtigkeit und einem stetigen Abbau der sozialen Sicherungssysteme geführt.

Und externe Kosten werden in der deregulierten globalisierten Wirtschaft höchstens ansatzweise internalisiert.

Eine solche Marktorientierung der Wachstumspolitik löst keine der anstehenden Probleme.

Wir brauchen ein sozial und ökologisch reguliertes Wachstumsmodell.

Denn Wachstum hat unzweifelhaft positive Effekte, die nicht auf eine einfache Steigerung der BIP-Wachstumsrate reduziert werden dürfen.

Wirtschaftliche Aktivität schafft auch Freiraum für Innovationen, die durch Wachstum finanziert werden können.

Daher ist Wachstum kein Selbstzweck sondern ein Mittel um bestimmte Ziele zu erreichen.

Die Vergangenheit hat uns gelehrt (Finanzkrise), dass qualitatives Wachstum nur durch einen handlungsfähigen Staat ermöglicht werden kann.

Dieser hat allerdings die Aufgabe, die Optionen für die Zukunft offen zu halten und keine Wege zu verbauen.

Man sollte nicht der irrigen Annahme verfallen, dass ein erstarkender Staat nun die notwendigen Innovationen herbeiregulieren könnte.

Fortschritte können so allenfalls begrenzt erzeugt werden.

Vielmehr ist die Preisentwicklung auf den Märkten ein wichtiger Treiber für Innovation.

Diesen Mechanismus können und wollen wir nicht aushebeln.

Nehmen wir das Beispiel Effizienz:

Wir sind der Überzeugung, dass der Wechsel vom treibhausgas- und ressourcenintensiven Pfad hin zu einem klima- und sozialverträglichen Wirtschaftswachstum vorangebracht werden muss.

Energie- und Materialeffizienz ist dabei ein wichtiger Innovationshebel.

Das ist nicht nur ökologisch und klimapolitisch, sondern auch ökonomisch und sozial geboten.

Rohstoff- und Materialeffizienz ist jedoch ein komplexes Themenfeld.

Innovativ gilt es, den gesamten Prozess vom Auftrag bis zur Auslieferung zu betrachten.

Verborgene Zusammenhänge erschweren das einfache Erkennen der Verlustmechanismen.

Ansätze zur Steigerung der Energie- und Materialeffizienz liegen in den Bereichen Produktgestaltung, Veränderung der Rohstoffbasis und der Zusammensetzung der Energiequellen, Produktionsprozess, End-of-Pipe-Lösungen und insbesondere dem verstärkten Recycling.

Eine entscheidende Voraussetzung für die angestrebte Verbesserung der Ressourceneffizienz ist eine aktive Innovationspolitik.

Die IG BCE unterstützt von daher die Hightech-Strategie sowie die Rohstoffstrategie der Bundesregierung und entsprechende Programme zur Entwicklung innovativer Effizienztechnologien.

In der Praxis behindern indes bislang einige Hemmnisse die Hebung existierender Ressourceneffizienzpotenziale:

- Insbesondere in KMU besteht auf betrieblicher Ebene oftmals unzureichendes Wissen über neue Materialien und Prozesse, mit denen eine höhere Energie- und Materialeffizienz erreicht werden könnte.
- Es wird das Risiko abgelehnt, bestehende Produktionsprozesse zu verändern sowie energie- und materialeffizientere Verfahren einzusetzen.
- Ressourceneffizienzpotenziale können oftmals nur wertschöpfungskettenübergreifend gehoben werden; dies erfordert eine intensive Kooperation mehrerer Akteure.

Um bestehende Potenziale erfolgreich und kosteneffizient zu erschließen, sprechen wir uns vorrangig für marktwirtschaftlich orientierte Steuerungs- und Anreizsysteme aus.

Verpflichtungssysteme werden als wenig zielführend erachtet.

Stattdessen plädiert die IG BCE für strategische Maßnahmen, die sich an der Leistungsfähigkeit der Unternehmen und ihrer Innovationsstärke orientieren.

Die Instrumente sollten auf langfristige und planbare Ressourceneinsparungen setzen und die Innovations- und Investitionstätigkeit in der Industrie anregen.

Die Maßnahmen müssen sich dabei an den Kriterien Wirksamkeit und Kosteneffizienz messen lassen.

Die IG BCE ist davon überzeugt, das Unternehmen nur gemeinsam mit Beschäftigten und Arbeitnehmervertretern die erforderlichen Effizienzsteigerungen des Ressourceneinsatzes erreichen werden.

Daher müssen Beschäftigte und Mitbestimmungsträger stärker als bisher in entsprechende Unternehmensstrategien und -prozesse mit einbezogen werden.

Betriebsräte und Beschäftigte sind die Experten an ihren Arbeitsplätzen. Sie verfügen über umfangreiches Wissen, wo Material, Wasser, Energie und Flächenverbrauch minimiert werden können.

Vielfach haben sie innovative Ideen für neue Produkte, Dienstleistungen und Prozesse.

Es wird daher eine gewerkschaftliche Aufgabe sein, den Betriebsräten noch stärker die Möglichkeit zu geben, auf Prozesse betrieblicher Ressourceneffizienz einzuwirken.

Von Anfang an müssen Beschäftigte und Arbeitnehmervertreter aktiv in die entsprechenden Umstrukturierungsprozesse einbezogen werden und die Möglichkeit haben, sich im Zusammenhang mit den betrieblichen Abläufen zur Ressourceneffizienz weiter zu bilden und zu qualifizieren.

Nur wenn die Beschäftigten in der Lage sind, die Neu- bzw. Umgestaltung ihrer Arbeitsplätze aktiv und qualifiziert zu begleiten, werden nachhaltige Unternehmensziele zu erreichen sein, die zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen führen und den Kriterien von „Guter Arbeit“ genügen.

Wir wissen, dass die chemische Industrie in Deutschland in den letzten 20 Jahren das Produktionswachstum vom Energieverbrauch entkoppelt hat und diesen seit 1990 um fast 40 Prozent verringern konnte, obwohl die Produktion um rund 42 % zugelegt hat.

Dieser Weg stößt aber zunehmend auf die physikalischen Grenzen der Effizienzsteigerung.

Man kann bei industriellen Prozessen nicht mehr Energie einsparen sonst funktionieren sie nicht mehr.

Man kann auch am Material nicht bis Null sparen sonst ist die Qualität nicht mehr gewährleistet.

Deshalb sehen wir nur noch Möglichkeiten zur weiteren Steigerung der Ressourceneffizienz in der chemischen Industrie durch:

- die Initiierung bzw. Verstetigung von Energie- und Materialeffizienz-Netzwerken und elektronischen Plattformen; vor allem
 - um mehr Transparenz und Aufklärung über technologische Entwicklungen und Neuerungen zu gewährleisten,
 - um einen Erfahrungsaustausch über die Beteiligung der Mitarbeiter in diesen Prozessen zu ermöglichen und
 - um Einsichten über Energiemanagementsysteme bzw. -audits zu bewirken;
- die Ausrichtung der Forschung und Forschungsförderung stärker auf Bereiche, in denen Innovationssprünge im Hinblick auf Ressourceneffizienz zu erwarten sind, speziell auf
 - Substitutionsforschung zur Erschließung effizienterer Synthesewege mit verbesserten Katalysatoren (denn diese machen oftmals Synthesen erst möglich, beschleunigen sie und vermeiden insofern Energie und Abfall);

- die Optimierung von Verfahren zur Trennung von Stoffgemischen, die in der chemischen Produktion mehr als 40 Prozent der Gesamtenergie verbrauchen
- die Nutzung von Kohlendioxid als Rohstoff
- sowie die Förderung der weißen Biotechnologie, das heißt auch den Einsatz biotechnologischer Verfahren in der industriellen Produktion.

Ressourceneffizienzanstrengungen werden indes nur umfassend von Erfolg gekrönt sein, wenn es neben den Verbesserungen in den Produktions- und Verfahrensprozessen zusätzlich gelingt, auch die Effizienzpotenziale auf der Anwendungsseite zu erschließen.

Insbesondere im Gebäudebereich liegen riesige Energie und THG-Einsparmöglichkeiten, die besonders Kosten effizient zu erschließen sind.

Diese Potenziale können langfristig nur durch einen ganzheitlichen Ansatz realisiert werden, der Gebäudehülle und Gebäudetechnik umfasst.

Von den 34 Millionen Wohneinheiten in Deutschland sind 2/3 sanierungsbedürftig.

Technologisch stehen zur Energie- und Wärmeeinsparung vielfältige Dämmmaterialien der chemischen Unternehmen zur Verfügung.

Durch dieses Know-how ließe sich der Heizenergiebedarf der Wohnungen von bisher 25 Liter/m² auf 7 Liter/m² senken.

Deutsche Haushalte würden so ihre CO₂-Emissionen von derzeit 120 Millionen Tonnen/Jahr um über 80 Millionen Tonnen reduzieren.

Das ist mehr als das doppelte der heute in der chemischen Produktion verursachten CO₂-Emission.

Eine große Reserve liegt auch im Austausch der Heizungsanlage.

In Deutschland sind noch rd. 3 Mio. Heizungen älter als 18 Jahre.

Durch die Umstellung auf moderne Brennwerttechnik (z.B. auf Erdgasbasis) könnten bis zu 30-50 Prozent Energie eingespart werden; durch Brennstoffzellentechnik wären weitere Ersparnisse möglich.

Darüber hinaus gibt es umfangreiche Gebäudetechniken (Lüftungs- und Klimatisierungsanlagen, Lichttechnik), die zur Energieeffizienz beitragen können.

All diese Maßnahmen helfen Eigentümer und Mieter viel Geld für Raumwärme und Warmwasser zu sparen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,
die Stärke Deutschlands ist, dass die Industrie vernetzt ist und Cluster bildet sowie im Rahmen globaler Wertschöpfungsketten eingebunden ist.

Diese Verflechtungen werden sichtbar durch enge Kooperation beispielsweise zwischen Fahrzeugbau und der Chemieindustrie.

Entscheidende Beiträge kommen zur nachhaltigen Entwicklung der Branchen auch aus der Herstellung von synthetischem Kautschuk.

Neuartige Werkstoffe helfen den Rollwiderstand von Reifen so abzusenken, dass der Spritverbrauch eines Autos um 5% gesenkt werden kann.

Das der Umstieg auf neue Antriebstechnologien gelingt, dazu werden auch die neuen energiesparenden Reifen dann ihren Beitrag leisten können.

Aber auch andere Innovationen aus der Welt der Chemie werden gefragt sein.

Karosserien aus Carbonfasern, Stromakkumulatoren, Brennstoffzellen oder neuartige Elektroantriebe werden ihren Beitrag dazu leisten, dass das knappe Gut Strom dann nicht verschwendet wird.

Nicht zu vergessen sei an dieser Stelle auch der Einsatz von Lacken und Werkstoffen für die Rotoren für Windenergieanlagen, für Solarzellen usw.

Aber an diesen Beispielen wird deutlich, dass eine entscheidende Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung eine aktive Innovationspolitik ist, dessen Finanzierung nur durch eine unternehmerische Wertschöpfung möglich ist.

Und für uns sind Innovationsförderrahmenbedingungen zentrale Voraussetzung für weitere Verbesserung in der Energie- und Materialeffizienz.

Dazu gehört auch, die Chancen neuer Technologien mittels Demonstrationsvorhaben zu zeigen und zu nutzen.

Um mehr Transparenz und Offenheit gegenüber wissenschaftlichen Entwicklungen in der Bevölkerung zu wecken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

Energiewende:

wir wissen, dass das Klimaproblem auch ein Energieproblem ist.

Der weltweite Energiebedarf steigt und somit auch der globale CO₂-Ausstoß, den wir verringern wollen.

Und ich will es an dieser Stelle nochmal bekräftigen.

Wir sind für die Energiewende und unterstützen sie.

Allerdings auf Grundlage unseres Verständnis der Nachhaltigkeit, die aus den drei Dimensionen besteht.

Ökonomisch, ökologisch und sozial.

Und ich möchte daran erinnern, dass der Weltklimarat selbst vier Wege zur CO₂-Einsparung sieht:

1. Energieeffizienz
2. Erneuerbare Energien
3. CCS und
4. Kernenergie

In Deutschland hat die Politik entschieden auf zwei dieser vier Möglichkeiten zu verzichten.

Wir wollen klimapolitische Erfolge ohne Kernenergie und CCS erreichen.

Die IG BCE stellt den Ausstieg aus der Kernenergie nicht in Frage.

Das haben wir schon 2010 klar gesagt, als Frau Merkel die Laufzeit verlängern wollte.

Aber das ist ein Sonderweg, dem international kaum jemand folgt.

Da wir den Kernenergieausstieg mittragen beobachten wir intensiv, was im Bereich der CCS-Technologien in anderen Staaten geschieht und welche industriepolitischen Konsequenzen diese Aktivitäten haben könnten.

Im Rahmen des Boundary Dam Kraftwerks in Saskatchewan in den USA konnte beispielsweise der Energieversorger SaskPower Ende 2015 den ersten Jahrestag ihrer CCS-Anlage unter operativen Bedingungen feiern.

Im Strom der Festtagsbesucher waren sehr viele aus Südost-Asien zu erkennen.

Insbesondere chinesische Delegierte haben sich vor dem Hintergrund des zwischen China und den USA geschlossenen klimapolitischen Innovationspaktes intensivst über diese Technologie informiert.

Am Ende der Jahresfeier konnte der Präsident und CEO von SaskPower, Mike Marsh verkünden, dass die Chinesen eine Roadmap zur Einführung und Verbreitung von CCS-Technologien in China mit der Asiatischen Entwicklungsbank schnellst möglich entwickeln werden.

Und Mike Marsh war sich sicher, dass aufgrund der Ergebnisse des COP-21-Klimagipfels weitere asiatische Staaten dem Beispiel folgen werden.

Die Klimaverhandlungen in Paris und dieses Beispiel zeigen, dass weder Europa noch Deutschland alleine das Klima retten können.

Viele Unternehmen und Staaten warten derzeit mit innovativen Lösungen auf.

Deshalb tritt die IG BCE für einen technologieoffenen Ansatz im Rahmen einer nachhaltigen Wachstumsstrategie ein, den internationalen Wettbewerb und entsprechende Technologiepfade berücksichtigt.

In diesem Zusammenhang reicht es nicht, wenn nur die Energieerzeugung einen Beitrag zur CO₂-Minderung bringt.

Auch in anderen Sektoren wie Gebäude und Wärme sowie im Verkehr müssen klimapolitisch ausreichende CO₂-Reduktionen erschlossen werden.

Da ist auch Deutschland im Übrigen kein gutes Vorbild.

Natürlich wird unsere Energiewende international sehr genau beobachtet.

Die Welt fragt sich, ob es erfolgreich sein kann, was wir uns vorgenommen haben.

Der beispiellose Atomausstieg kombiniert mit den weltweit am ambitioniertesten Klimazielen.

Die Antwort darauf lautet:

Wir müssen die wichtigste offene Frage beantworten und Strom aus erneuerbaren Energien speicherfähig machen.

Wir sind beim Ausbau der Erneuerbaren schnell unterwegs.

Das Ziel von 35% der Bruttostromerzeugung wird nicht erst 2020 sondern voraussichtlich schon 2016 erfüllt.

Allerdings sind auch die damit verbundenen Kosten enorm.

480 Milliarden Euro Verbindlichkeiten aus der EEG-Förderung stehen als Stromwert zu heutigen Preisen von etwa 100 Milliarden Euro gegenüber.

Es gibt mittlerweile auch eine Einigung über den Netzausbau.

Allerdings zu einem hohen Preis im doppelten Sinne.

Seehofers Erdverkabelung ist nicht nur teuer sondern wird den Ausbau um mindestens 3 Jahre verzögern.

Das Ergebnis ist auch ernüchternd.

Immer häufiger kann Strom aus EEG-Anlagen nicht transportiert werden (Dispatch).

Trotzdem wird Einspeisevergütung gezahlt oder bezahlt.

Hinzu kommen Kosten zur Netzstabilisierung die auf den Strompreis umgelegt werden (Re-Dispatch).

Solche Entschädigungs- und Stabilisierungszahlungen summierten sich alleine 2015 in diesem Jahr auf 1 Milliarde Euro.

Allein das zeigt bereits:

Ohne die Frage zu lösen wie Strom aus erneuerbaren Energien gespeichert werden kann wird die Energiewende nicht ihr Ziel erreichen.

Die Bundesregierung muss deshalb nach unserer Auffassung umsteuern.

Wir brauchen eine große Initiative für Speichertechnologie.

Mit einem klaren Ziel – Speicherkapazitäten für 30 TWh (Terawattstunden) Strom um zwei Wochen trübe Flaute im Winter überbrücken zu können.

Darauf muss sich die Politik bis 2030 konzentrieren.

Darin liegt auch ein Schlüssel zur Lösung der Probleme, die unter dem Begriff „Sektorkopplung“ diskutiert werden.

Wenn Strom aus Erneuerbaren zu Gas oder Wasserstoff umgewandelt wird, kann der beispielsweise fossile Brennstoffe im Wärmemarkt oder im Verkehr ersetzen.

Wenn erneuerbarer Strom in dieser Kette fossile Brennstoffe überflüssig macht, dann darf er nicht mit staatlichen Auflagen wie EEG-Umlage oder Netzentgelt belastet werden.

Wenn solche Auflagen für ein konkretes Power-to-Heat-Projekt 10 Cent/kWh ausmachen, Erdgas im Wärmemarkt dagegen nur 5-7 Cent/kWh kostet, dann werden selbst subventionsfrei mögliche Speichertechnologien nicht weiterkommen.

Deshalb fordern wir, dass Speicherstrom von solchen Abgaben und Umlagen befreit wird.

Das würde ein neues Geschäftsfeld eröffnen und Investitionen anstoßen.

Wenn diese Lücke im Konzept einer Energieversorgung auf Basis der Erneuerbaren beschlossen wird, erst dann wird die deutsche Energiewende auch ein Muster für andere Länder.

Die IG BCE und das If.E werden eine solche Speicheroffensive 2016 zum Schwerpunkt einer Kampagne machen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,
ich erwarte von der Politik auch ein wirksames Programm zur Entwicklung von Infrastruktur und Ansiedlung neuer Industrien.

Dies ist auch ein Beispiel für eine nachhaltige Politik die wir einfordern, die in ihren Entscheidungen soziale, ökonomische und ökologische Konsequenz in der Energiewende berücksichtigt.

Das ist auch ein Beispiel unseres Verständnisses.

Soziale Dimension:

die soziale Dimension, sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
als einer der Säulen unseres Nachhaltigkeitsverständnisses hat natürlich für uns eine ganz besondere Bedeutung, weil wir ja letztendlich aus ihr erwachsen sind.

Dabei geht es um sichere Arbeitsplätze, um eine gerechtere Bezahlung, um die Reduzierung der Arbeitszeit, Partizipationsrechte, Urlaubsansprüche, Arbeits- und Gesundheitsschutz, Bildung, bezahlbare Wohnungen, Aus- und Fortbildung, soziale und rechtliche Gleichstellung, ja das sollte das Los der Beschäftigten verbessern.

Uns ging es und geht es auch um eine humane Arbeitswelt.

In dieser humanen Arbeitswelt werden Menschen- und auch Arbeitnehmerrechte gewahrt.

Diese räumt allen eine Chance auf ein selbstbestimmtes Leben durch einen ausreichenden Verdienst ein.

Eine Arbeitswelt die Chancen unabhängig vom Status und Einkommen der Eltern, des Geschlechtes oder der Herkunft bietet, die Partizipationsmöglichkeiten im Sinne der Mitbestimmung eröffnet.

Die neue Arbeitsverhältnisse nicht durch prekäre Beschäftigungsform wie Leiharbeit oder Befristung nicht zurückdrängt, die auch den weniger qualifizierten eine Chance auf eine Arbeit bietet, von der sie auch leben können.

Es geht um eine Welt und eine Arbeitswelt, die eine Vereinbarung von Familie und Beruf ermöglicht und nicht die Rundumverfügbarkeit der Arbeitnehmer verlangt, die alters- und altersgerechte Arbeitsplätze bietet.

Die auch Raum und Zeit für kulturelle Aktivitäten und bürgerschaftliches Engagement garantiert.

Die deutschen Gewerkschaften verwenden für all diese Kriterien heute den Begriff „Gute Arbeit“.

Dies wollen wir auch mit Hilfe von Mitbestimmung, Tarifautonomie, Sozialpartnerschaft umsetzen.

Wir machen dazu eine innovative Tarifpolitik, die sich in Tarifverträgen der IG BCE zu Lebensarbeitszeit und Demografie beispielsweise zeigt.

Dies sind soziale Innovationen die den technischen Fortschritt flankieren müssen und ohne die ein gesellschaftlicher Fortschritt nicht zu erreichen ist.

Beitrag der IG BCE zur Förderung des Wachstums in den drei Dimensionen:

Beispielhaft sei der Weg gemeinsam mit unserem Sozialpartner Chemie den wir gegangen sind, wie zum Beispiel die Schaffung des Tarifvertrages Demografie und Lebensarbeitszeit, Sozialpartnervereinbarung, wie Vereinbarkeit von Familie und Beruf, den auf den Weg gebrachten Wittenberg-Prozess mit Ethikkodex, gute Arbeit und nicht zu vergessen, die Nachhaltigkeitsinitiative Chemie³.

Wir haben uns bereits im Jahr 2013 mit dem Bundesarbeitgeberverband der Chemischen Industrie (BAVC) sowie dem Verband der Chemischen Industrie auf Leitlinien zur Nachhaltigkeit für die chemische Industrie in Deutschland als Ziel unseres Handelns geeinigt.

Die Leitlinien haben das Ziel Nachhaltigkeit als Leitbild der chemischen Industrie in Deutschland zu stärken und international Impulse zu setzen.

Als branchenspezifischer Rahmen geben sie den Unternehmen und Beschäftigten Orientierung für ihr Handeln.

Die Leitlinien greifen Kernelemente aus nationalen, europäischen und auch internationalen Initiativen und Standards wie die zehn Prinzipien des UN Global Compact, die Kernarbeitsnorm der internationalen Arbeitsorganisation und die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen auf.

Entstanden sind die Leitlinien aus einem Dialog innerhalb der Branche sowie im Austausch mit Gesellschaft, Politik und Wirtschaft.

Im Moment befinden wir uns auf dem Weg zu den drei Dimensionen der Ökologie, der Ökonomie und der Sozialen Themen und Indikatoren zu entwickeln, um letztendlich die Fortentwicklung dieser Branche unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit messbar zu machen.

Auch dies wiederum im intensiven Dialog mit Experten und Stakeholdern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,
der Wandel zu einem nachhaltigen qualitativen Wachstum muss uns gelingen.

Es gilt, die Moderne neu zu erfinden – nicht ohne Industrie, sondern mit industriellen, nachhaltigen Innovationen.

Meiner Auffassung nach haben wir auch keine andere Wahl.

Wenn sich die größte Volkswirtschaft in der EU, die alleine mehr als $\frac{1}{4}$ des europäischen Bruttoinlandsproduktes erwirtschaftet, an einer Revolution ihrer Industrie macht, dann übernimmt sie Verantwortung für ganz Europa.

Ein Scheitern des nun eingeleiteten Wandels wäre eine Katastrophe auch für Europa.

Deshalb sind wir geradezu zum Erfolg verdammt.

Ein Gelingen würde auch dazu beitragen, den sozialen Frieden in Deutschland zu stabilisieren, in Europa zu verankern und in der Welt zu ermöglichen.

Herzlichen Dank, Glück auf.